

**Stellungnahme**  
**Herstellung einer flächendeckenden**  
**Versorgung mit leistungsfähigen**  
**Breitbandanschlüssen in Hessen**

**anlässlich der öffentlichen Anhörung**  
**des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr**  
**des Hessischen Landtages**  
**am 14. Januar 2010**

## **Hessische Industrie- und Handelskammern drängen auf Breitbandausbau**

Ohne schnelle Internetverbindungen ist der Standort Hessen ohne Zukunft. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, in Hessen alle Regionen zukunftsfähig zu machen. In einer sich zunehmend vernetzenden Wirtschaft ist das Internet Teil der volkswirtschaftlichen Produktionsfunktion. Das Rückgrat ist ein leistungsfähiges Breitbandnetz. In Frankfurt steht zwar der Internetknoten Nummer 1. Breitband ist aber für alle Unternehmen unverzichtbar. Für die Industrie- und Handelskammern in Hessen gehört ein leistungsfähiger Breitbandanschluss deshalb zu den zentralen Anliegen ihrer Standortpolitik. Dabei ist das Gefälle zwischen Hochleistungsnetzen in den Ballungsräumen und „weißen Flecken“ in ländlichen Räumen eklatant und dringend zu beseitigen.

Die hessischen IHKs halten für Unternehmen und Kommunen Informationen bereit, wie der Breitbandausbau vorangetrieben werden kann und haben sich gemeinsam mit der Breitbandinitiative Hessen für einen sinnvollen Ausbau der Strukturen in Hessen eingesetzt. Zahlreiche Veranstaltungen, Beratungen - auch von kommunalen Vertretern - wurden in den letzten Jahren durchgeführt. In Erhebungen unter den Gewerbetreibenden konnte gezeigt werden, wie nötig eine sofortige Beseitigung von „weißen Flecken“ erscheint und vor allem, welche Breitbandgeschwindigkeiten Unternehmen im globalen Wettbewerb zum Überleben benötigen.

Die IHKs in Hessen stehen für marktwirtschaftliche Lösungen des Breitbandausbaus. Dort, wo der Markt nicht das gewünschte Ergebnis bringt, ist nach anderen Lösungen zu suchen. Das ist überwiegend im ländlichen Raum zu beobachten. Wichtigste Punkte dabei sind Initiative vor Ort und Kooperation aller Beteiligten wie Telekommunikationsunternehmen, Kommunen und potenzielle Breitbandkunden. Ebenso ist Technologieoffenheit Voraussetzung für Lösungen von Ausbauproblemen.

Förderungen sind in Regionen erforderlich, in denen auf absehbare Zeit die Wirtschaftlichkeitslücken nicht zu schließen sind, und damit ein kurzfristiger Ausbau mit leistungsfähigem Breitband verhindert wird. Denn auch aufgrund des schnellen technischen Fortschritts bleibt kaum Zeit, lange über „Wenn und Aber“ zu diskutieren.

Die Förderinstrumente müssen dann jedoch effektiv, effizient, technologieoffen, mit minimalem bürokratischem Aufwand und regional ausgeglichen sein.

Bspw. ist die GRW-Förderung zum Ausbau von Breitband in Gewerbegebieten in einigen Regionen und Landkreisen nicht möglich, obwohl vergleichbare Strukturen und Bedingungen zu Nachbarkreisen vorliegen. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden, der u.U. über andere Förderinstrumente bewirkt wird.

## **Breitbandausbau und kabelgebundene Breitbandnetze**

**Probleme und Hemmnisse:** In den Regionen, in denen die Telekommunikationsunternehmen mit leistungsfähigen Breitbandangeboten nicht am Markt sind, spielen in der Regel betriebswirtschaftliche Entscheidungen eine Rolle. Der return-on-invest ist zu gering. Die dann fehlende Finanzierung, also die Wirtschaftlichkeitslücke, ist ein Hauptproblem und Hemmnis des Ausbaus zugleich.

Weiteres Hemmnis ist das Warten auf andere (technische) Lösungen oder das Fehlen eines Kümmerers vor Ort. Daher ist jede Initiative zu begrüßen, die den Ausbau unabhängig von Erwartungen in die Zukunft vorantreibt. Das ausschließliche Warten auf Fördermittel ist dabei allerdings keine Lösung!

Häufig herrscht vor Ort Unkenntnis über die Ausbauabsichten von TK-Unternehmen. Auch ist oft nicht bekannt, welche Infrastrukturen bereits vor Ort vorhanden sind. Das sind weitere Hemmnisse, die insbesondere ein Engagement der Kommunen erschweren. Unwissenheit der Kommunalverwaltungen über schlecht versorgte Gebiete – auch in Randbereichen großer Städte – führen dazu, dass Stadtteile außen vor bleiben. In der falschen Annahme, die gesamte Kommune sei ja gut versorgt, unterbleiben weitere Initiativen.

### **Beseitigung der Probleme**

Wenn der Ausbau aus Gründen der Wirtschaftlichkeit für ein großes Gebiet nicht gegeben ist, muss nach kleinteiligeren Lösungen gesucht werden. Nachfragebündelung, Ausloten weiterer Möglichkeiten der Finanzierung und ein Kümmerer vor Ort führen in der Regel zu Lösungen, die befriedigen.

Voraussetzung, um beim Breitbandausbau gute Fortschritte zu machen, ist die Kenntnis der Infrastruktur (bspw. Leerrohre, Leitungen der Energieversorger u.a.). Dies schafft Möglichkeiten, die immensen Tiefbaukosten bei kabelgebundenen Ausbauten zu reduzieren. Da, wo sich Wirtschaftlichkeitslücken auftun, unterstützen Fördermittel - technologieoffen - den flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Fördermittel sollten allerdings nicht als Allheilmittel angesehen werden und nur dann zum Einsatz kommen, wenn Marktlösungen nicht erreichbar sind. Das Antragsverfahren sollte dann allerdings einfach und effizient ausgestaltet sein.

Kommunen, Anbieter und Wirtschaft vor Ort sollten gemeinsam Ausbaukonzepte erstellen. Kooperationen der Anbieter vor Ort sind eine weitere Möglichkeit, um schneller ans Ziel zu kommen.

Die Akzeptanz der Funktechnologien muss durch mehr Aufklärung erhöht werden. Dies eröffnet weitere Wege, einen schnellen Breitbandanschluss vor Ort zu realisieren, wo beim besten Willen kabelgebundene Lösungen nicht realisierbar sind.

**Die Ausbaupläne der Anbieter** sind – sofern keine Geschäftsgeheimnisse preisgegeben werden müssen – von besonderem Interesse für die Kommunen. Hier sollte nach Wegen gesucht werden, wie solche Informationen anderen

Marktteilnehmern zu Nutze gemacht werden können. Generell ist anzustreben, dass der Ausbauzustand des Breitbandnetzes durch das Schließen der weißen Flecken und durch den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes schnellstmöglich eine Angleichung erfahren muss.

Da dies nicht nur kabelgebunden möglich ist, müssen jeweils alle technischen Möglichkeiten geprüft werden.

### **Bedeutung einer leistungsfähigen Breitbandanbindung im ländlichen Raum**

Im Rahmen ihrer standort- und regionalpolitischen Aufgaben befragen die IHKs die Unternehmen regelmäßig nach der Standortqualität. Für viele Unternehmen reicht schon heute die DSL-Bandbreite von bis zu 6 MBit/Sekunde nicht mehr aus. Der Bedarf an Übertragungsgeschwindigkeit nimmt beständig zu.

Vor allem Unternehmen, die im ländlichen Raum oder außerhalb von Ballungsgebieten angesiedelt sind, klagen nicht nur über eine geringe Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal oder eine unzureichende verkehrliche Anbindung, sondern vermissen eine ausreichende Breitbandanbindung.

Die unternehmerischen Aufgaben, die heute schon über Breitbandverbindungen abgewickelt werden, sind vielfältig: so gehören Teile der Betriebs- und Geschäftsprozessorganisation genauso dazu wie Softwareupdates, die der IT-Sicherheit dienen. Jedes Jahr kommen neue Erfordernisse hinzu, sei es die „elektronische Abfallnachweisführung mit qualifizierter digitaler Signatur“ oder elektronische Zahlssysteme. Wer daran nicht teilnehmen kann, bleibt mangels geeigneter Internetverbindung außen vor. Das Angebot von Internetdienstleistungen und Prozessen aus dem Bereich des e-Governments wächst außerdem. Zunehmend werden Bildungsangebote im Internet auf e-Learning-Plattformen angeboten.

Die Unternehmen, die durch leistungsschwache Datenverbindungsmöglichkeiten betroffen sind, haben damit klare Wettbewerbsnachteile gegenüber solchen, die keine Versorgungsprobleme haben. Das führt in der Konsequenz zur Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Situation einer gesamten Region, fördert Abwanderungen von bestehenden Unternehmen und verhindert vor allem Neuansiedlungen; nicht nur von Unternehmen, sondern auch von Familien. Damit wird die mangelnde Verfügbarkeit von Fachkräften in manchen Regionen noch verschärft.

Die Nachteile des Fehlens leistungsfähiger Breitbandanbindung sind ausreichend dargestellt, ebenso wie die Vorteile schneller Verbindungen. Die Wertschöpfung durch Internet und Datenferndienstleistungen (Internetknoten Frankfurt) hat einen erheblichen Anteil am Marktgeschehen.

### **Mitbenutzung öffentlicher Ressourcen. Weitere Maßnahmen**

Die Mitbenutzung öffentlicher Ressourcen ist ein sinnvoller Weg, Doppelarbeiten zu vermeiden, was letztlich volkswirtschaftlich Unsinn wäre. Eine Förderung der Leerrohrverlegung kann sinnvoll sein, wo keine Maßnahmen in absehbarer Zeit geplant sind.

Die IHKs begrüßen den Aufbau des Infrastrukturatlases und empfehlen allen Unternehmen und Kommunen, ihre Daten dort zur Verfügung zu stellen. Der Zugang zu diesem Atlas sollte aber nicht nur den Ländern und Landkreisen zur Verfügung stehen.

### **Mobilfunk und digitale Dividende**

Mobilfunk hat mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen, wenn Infrastrukturen aufgebaut werden müssen (Mobilfunkmasten, Initiativen gegen W-LAN Netze und anderes). Abhilfe kann nur ausreichende Information über mögliche Gesundheitsgefahren schaffen. Dies ist Aufgabe der Anbieter und Kommunen.

Die Erfahrungen aus der digitalen Dividende sind für uns noch nicht ausreichend bewertbar. Dennoch sollten alle Optionen offen gehalten werden, eine Nutzung auf jeden Fall in Betracht gezogen werden.

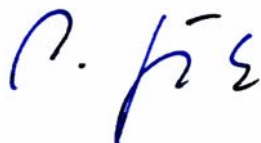
Auch Mobilfunknetze müssen wirtschaftlich betrieben werden. Deshalb stellen sich hier ähnliche Probleme wie bei kabelgebundenen Lösungen.

### **Aufbau kommunaler Netze**

Rein kommunal betriebene Netze sollten die Ausnahmen bleiben und auf Regionen beschränkt werden, in denen auch auf absehbare Zeit Anbieter keinen Infrastrukturausbau vornehmen werden, und auch sonstige Kooperationsversuche nicht zum Erfolg, also zum Breitbandausbau, führen.

17. Dezember 2009

Arbeitsgemeinschaft hessischer  
Industrie- und Handelskammern



Matthias Gräßle  
Geschäftsführer

Industrie- und Handelskammer Darmstadt  
Geschäftsbereich Industrie- und Umwelt



Karlfried Thorn  
Stellv. Leiter

Ansprechpartner:

Karlfried Thorn

**Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs**

c/o IHK Darmstadt Rhein Main Neckar

Stellv. Leiter des Geschäftsbereichs Innovation und Umwelt

Rheinstraße 89

64295 Darmstadt

Telefon: 06151 871-251

Telefax: 06151 871100-251

E-Mail: [thorn@darmstadt.ihk.de](mailto:thorn@darmstadt.ihk.de)